



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1. Aktuelles aus Bayern	2
1.1 In eigener Sache: Verfahren gegen mich wurde eingestellt.....	2
1.2 Erneute Kandidatur für den Bundestag.....	2
1.3 „Wohlstand muss sich wieder lohnen – stoppt die Reichensteuer!“.....	2
1.4 Nur geschönte Zahlen – Arbeitslosenzahlen in Bayern um 32 % höher.....	2
2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE	3
2.1 Schlechte Krankenhausfinanzierung ist verantwortlich für Pflegenotstand und schlechte Arbeitsbedingungen	3
2.2 Bessere Krankenhauspflege durch Mindestpersonalbemessung.....	3
2.3 Die private Krankenversicherung ist das Symbol der Zweiklassenmedizin in Deutschland und muss abgeschafft werden.....	4
2.4 Reise nach Griechenland: Die Blutspur deutscher Politik	5
2.5 SPD einig mit Schwarz-Gelb: Zuzahlungen werden nicht abgeschafft	5
2.6 Rede im Bundestag: Medizinprodukte müssen sicher sein!	5
2.7 Rede im Bundestag: Unisex-Tarife und Zusage der Kostenübernahme bei der PKV	6
3. Sonstiges	6
3.1 Erneuerung durch Streik – Demokratisierung des Streiks.....	6
4. Termine	6
4.1 Bessere Krankenhauspflege und gute Arbeitsbedingungen durch Mindestpersonalbemessung (Hearing der Linksfraktion, 26.4.).....	6
4.2 Krise in Europa: Eine Gefahr für Demokratie und Solidarität? (3. bis 5.5.)	7
4.3 Prekär und rechtlos? Gute Arbeit statt prekäre und atypische Beschäftigung (8.5.)	7
5. Kontakt zu Haralds Büros	7

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 In eigener Sache: Verfahren gegen mich wurde eingestellt



Wie ich [berichtet habe](#), hatte die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ein Ermittlungsverfahren wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ gegen mich eingeleitet, zu dem es bei meiner Beteiligung an Protesten gegen eine NPD-Kundgebung in Nürnberg am 1. August 2012 gekommen sein soll. Der Vorwurf war grober Unfug, dementsprechend fehlten auch Beweise. Die Staatsanwaltschaft hat mir deswegen im Februar schriftlich mitgeteilt, dass das Strafverfahren wegen fehlendem hinreichendem Tatverdacht eingestellt wurde. Na so was.

1.2 Erneute Kandidatur für den Bundestag

Am 19. Januar bin ich ohne Gegenstimme und drei Enthaltungen erneut zum Wahlkreiskandidaten der LINKEN in Nürnberg-Nord gewählt worden. Für Nürnberg-Süd wurde mein Genosse Oswald Greim gewählt. Außerdem bewerbe ich mich für Platz vier der bayerischen Landesliste, die bei der [Aufstellungsversammlung am 21. April](#) gewählt wird.

- [Politische Bilanz meiner dreieinhalbjährigen Tätigkeit als Abgeordneter](#) (PDF-Datei)
- [Bewerbung für einen Platz auf der Landesliste zur Bundestagswahl](#)

1.3 „Wohlstand muss sich wieder lohnen – stoppt die Reichensteuer!“

Eine Demonstration der etwas anderen Art fand am 13. April statt: Reiche, Vermögende und Millionäre trafen sich vor dem „Grand Hotel“ am Nürnberger Bahnhofplatz, um unter dem Motto „Wohlstand muss sich wieder lohnen – stoppt die Reichensteuer!“ zu demonstrieren. Die Teilnehmer trugen standesgemäßes Outfit, es wurden Sekt und Zigarren gereicht. Unter Slogans wie „Steuern sind für Arme da, wir sind reich – wie wunderbar!“ und „Hoch die internationale Renditegarantie!“ zogen die Teilnehmer mit entsprechenden Transparenten dann durch die Fußgängerzone. Mit dieser Aktion beteiligte sich DIE LINKE Nürnberg am bundesweiten Aktionstag des [UmFAIRteilen-Bündnisses](#), in dem Gewerkschaften, Verbände und Organisationen sich für höhere Besteuerung großer Vermögen stark machen. Eine schöne Aktion!

[WEITERLESEN](#)



1.4 Nur geschönte Zahlen – Arbeitslosenzahlen in Bayern um 32 % höher (PM vom 10.01.2013)

Eine einfache Überprüfung der offiziellen Arbeitslosenzahlen zeigt: Statt der offiziellen angegeben 248.905 Arbeitslosen sind es tatsächlich 328.583. Damit liegt die Arbeitslosenquote in Bayern bei 6,7 %!

Für Weinberg ist das blanke Polit-Trickserie und nichts anderes als politische Bilanzfälschung. Denn für die Formel zur Berechnung der offiziellen Arbeitslosenzahlen ist die schwarz-gelbe Bundesregierung verantwortlich. Bei der Bundesagentur seien dagegen alle Zahlen einfach abzurufen, auch die der offiziell nicht berücksichtigten Arbeitslosen. Diese seien auch der bayerischen Staatregierung bekannt. [WEITERLESEN](#)

- [Zahlenzauber mit Arbeitslosen](#) (Artikel in der *Abendzeitung München* vom 11.01.2013)

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Schlechte Krankenhausfinanzierung ist verantwortlich für Pflegenotstand und schlechte Arbeitsbedingungen

→ **Koalition flickschustert bei Krankenhäusern** (Pressemitteilung vom 17.04.2013)

„Diese Wahlperiode ist eine verlorene Wahlperiode für die Krankenhäuser, ihre Beschäftigten und die Patienten. Es brennt überall - jeder, der ein Krankenhaus von innen sieht, wird das bemerken. Schwarz-Gelb zeigte aber kein Interesse, strukturelle Reformen anzupacken, um die Probleme zu lösen. So gibt es nach wie vor einfach zu wenige Pflegekräfte, so dass Stress und Überlastung an der Tagesordnung sind, was wiederum mangelhafte Pflege – bis hin zur Patientengefährdung – zur Folge hat. [WEITERLESEN](#)

→ **Personalsituation in Krankenhäusern immer dramatischer** (Pressemitteilung vom 20.02.2013)

„Das Ergebnis war zu erwarten. Wer in den letzten Monaten Krankenhäuser besucht hat, weiß, dass es beim Personal keinerlei Reserven mehr gibt; die Zitrone ist mehr als ausgequetscht. In vielen Häusern führt die Personalsituation zum Beispiel bei der Besetzung von Nachtschichten bereits zu einer Gefährdung des Patientenwohls. Der nächste Skandal ist dann eine Frage der Zeit“, so Harald Weinberg, Gesundheitspolitiker der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die von der Gewerkschaft ver.di heute vorgelegten Ergebnisse eines Personal-Checks in Krankenhäusern, nach denen rund 162.000 Vollzeitstellen fehlen. [WEITERLESEN](#)



- [Verdi warnt vor dramatischem Personalmangel](#) (Artikel zum Ergebnis des Personal-Checks in bayerischen Kliniken in der *Süddeutschen Zeitung*)

→ **Wettbewerb ruiniert Krankenhauslandschaft** (Interview im *neuen deutschland* vom 20.02.2013)

Gesundheitsexperte Harald Weinberg (LINKE) fordert die Rekommunalisierung von privaten Krankenhäusern. [WEITERLESEN](#)

→ **Bessere Krankenhausfinanzierung notwendig** (Pressemitteilung vom 19.03.2013)

„Im Interesse der Patientinnen und Patienten brauchen wir eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser. Kurzfristig brauchen wir ein Sofortprogramm und müssen schlicht Geld in die Hand nehmen, mittel- und langfristig eine Reform des Finanzierungssystems“ [WEITERLESEN](#)

2.2 Bessere Krankenhauspflege und gute Arbeitsbedingungen durch Mindestpersonalbemessung



Die Pflegekräfte in den Krankenhäusern sind mehr und mehr überlastet. In diesem Bereich wurden in den letzten 10 Jahren Stellen gekürzt, obwohl die Zahl der Patientinnen und Patienten immer weiter steigt. Das ist schlecht für die Patientinnen und Patienten sowie für die Pflegekräfte, die unter immer belastenderen Bedingungen arbeiten müssen. Dagegen stellt die ver.di-Tarifkommission der Berliner Charité nun eine neuartige Forderung: Sie möchte mit einem Tarifvertrag eine Mindestpersonalbesetzung für den Pflegedienst erreichen. Eine solche Forderung greift in die Grundausrichtung der Krankenhauspolitik der letzten Jahre ein.

Als Bundestagsfraktion unterstützen wir die Forderungen der Charité-Beschäftigten und haben den Antrag „[Bessere Krankenhauspflege durch Mindestpersonalbemessung](#)“ in den Bundestag eingebracht, mit dem bundesweite Mindeststandards für die Besetzung der Stationen festgelegt werden könnten. Am 26. April führen wir ein Hearing durch, um mit den unterschiedlichen Akteuren in Austausch über Perspektiven, Strategien und Durchsetzungsmöglichkeiten für eine Mindestpersonalbemessung zu treten (siehe Punkt 4.1).

- Rede im Bundestag: [Gute Krankenhauspflege durch Mindestpersonalbemessung](#) (14.03.2013)
- [Rezepte für mehr und bessere Pflege](#) (Artikel zur Plenardebatte in *Das Parlament*)
- [»Ohne Streiks wären wir nicht so weit gekommen«. Arbeitskämpfe an Berliner Charité haben Gewerkschaft gestärkt](#) (Gespräch mit Carsten Becker, Sprecher der ver.di-Betriebsgruppe an der Berliner Charité; *Junge Welt* vom 19.02.2013)

2.3 Die private Krankenversicherung ist das Symbol der Zweiklassenmedizin in Deutschland und muss abgeschafft werden

Die private Krankenversicherung (PKV) ist das größte Hindernis für eine solidarische Gesundheitsversorgung, bei der jede und jeder die gleich hochwertige Behandlung bekommt – unabhängig vom Einkommen. Aber Schwarz-Gelb hält bei jeder Gelegenheit die schützende Hand über den mittlerweile schwerkranken Patienten PKV. Und auch SPD und Grüne sind leider bisher nicht bereit, den notwendigen Schritt zur Abschaffung der PKV als Vollversicherung mitzugehen. Insofern ist es umso wichtiger, dass wir als LINKE den Finger immer wieder in die Wunde legen. Im folgenden eine Übersicht meiner Aktivitäten zur PKV aus den letzten Monaten:

Rede im Bundestag: Private Krankenversicherung abschaffen (16.01.)

„Bei uns werden die Menschen in die beiden unterschiedlichen Systeme mehr oder minder aufgrund des beruflichen Status eingeteilt; historisch ist das weitgehend überholt. Wer selbstständig ist, Beamter, gut verdienender Angestellter oder Berufspolitiker, zudem noch jung und gesund, der kommt in die private Krankenversicherung, alle anderen müssen in die gesetzliche. Dieses Nebeneinander ist ein Ärgernis. Es ist ein Symbol für die Zweiklassenmedizin in Deutschland, die wir nicht wollen.“ [WEITERLESEN](#) | [VIDEO ANSEHEN](#)



- [Private Krankenkassen: Ihr Nutzen ist umstritten](#) (Artikel zur Plenardebatte in *Das Parlament*)
- [Das Schneeballsystem der privaten Krankenversicherung droht zu kollabieren](#) (Artikel auf den *NachDenkSeiten* vom 16.11.2012)
- [Systemstreit: Die PKV wird selbst zum Patienten](#) (Artikel im *Handelsblatt*, 28.01.2013)

Kleine Anfrage: Die Bundesregierung schützt die private Krankenversicherung, wo sie nur kann

In einer Kleinen Anfrage habe ich der Bundesregierung zahlreiche Fragen zur privaten Krankenversicherung gestellt. Diese wurden – bezeichnenderweise – völlig desolat beantwortet. Selbst das *Handelsblatt* kommt in einem Artikel über die Kleine Anfrage zu einer klaren Beurteilung: „Die Regierung offenbart durch ihr Schweigen, was die Branche nicht preisgeben möchte und Privatpatienten lieber nicht wissen sollten“.

- [Private Krankenversicherung: Was Ihnen der Vertreter nicht sagt](#) (Artikel im *Handelsblatt*, 13.02.)
- [Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Beitragserhöhungen, sinkender Zins und andere Herausforderungen der privaten Krankenversicherung“](#) (PDF-Datei)

PKV-Nichtzahlertarif schafft neues Gesundheitsprekariat (Pressemitteilung vom 05.03.2013)

„Mit dem Nichtzahlertarif schafft die Bundesregierung ein neues Gesundheitsprekariat. Die Versicherungspflicht, der einzige soziale Fortschritt der großen Koalition von 2007, und das Ziel, dass alle Menschen eine Krankenversicherung haben, werden damit ausgehöhlt. In der Gesetzlichen Krankenversicherung gibt es – zu Recht – keinen Nichtzahlertarif. Dieser Unsinn ist systemwidrig. Der Bundesregierung und der PKV-Lobby geht es darum, von der Pflicht, Alterungsrückstellungen für Nichtzahler bilden zu müssen, befreit zu werden.“ [WEITERLESEN](#)

- [Nichtzahlertarif in der Privaten Krankenversicherung in der Kritik](#) (Artikel vom 08.03.2013)

2.4 Reise nach Griechenland: Die Blutspur deutscher Politik

Vom 4. bis 7. März bin ich einer Einladung unserer griechischen Schwesterpartei Syriza nach Athen gefolgt und hatte Gelegenheit, mir vor Ort ein Bild von der humanitären Katastrophe zu machen, in die die europäische Sparpolitik die griechische Bevölkerung stürzt. Mein Fazit vorweggenommen: Die Gesundheitsversorgung ist in Griechenland in weiten Teilen nicht mehr gewährleistet. [Reisebericht lesen](#)

Insofern kann ich meinem Kollegen Michael Schlecht nur zustimmen, der in einer Plenardebatte zur Situation der Menschen in Griechenland auf die Mitverantwortung des „Hohen Hauses“ hinwies und damit für (scheinheilige) Empörung bei allen anderen Fraktionen sorgte: „Das, was in den südeuropäischen Ländern, vor allen Dingen in Griechenland, passiert ist, ist Folge der Kürzungsaufgaben, ist Folge der bestialischen Politik, die maßgeblich von Deutschland, auch vom Deutschen Bundestag ausgeht. ... Insofern zieht die deutsche Politik mittlerweile



Besuch eines Krankenhauses in Nikea

mindestens durch Südeuropa eine breite Blutspur, und das ist ein Skandal.“ ([VIDEO ANSEHEN](#)) Die Erkenntnis, dass die Kürzungspolitik in Südeuropa Menschenleben kostet, ist mittlerweile auch in den Mainstream-Medien angekommen. Deutsche Politiker mögen das verleugnen oder Krokodilstränen weinen, an ihrer Mitschuld für die humanitäre Katastrophe ändert das nichts.

- [Euro-Krise kostet Menschenleben](#) (Artikel auf *Spiegel Online*)
- „[Die Krise als Vorwand für die Umwandlung der Gesundheit in eine Ware](#)“ (Ein ins Deutsche übersetztes Interview, das ich der linken Tageszeitung „I Avgi“ gegeben habe)

2.5 SPD einig mit Schwarz-Gelb: Zuzahlungen werden nicht abgeschafft

Es wird oft behauptet, die SPD blinke links und biege dann rechts ab. Das stimmt meist, aber nicht immer. Manchmal ist auch die Blinkerlampe defekt und es wird auch ohne zu blinken rechts abgebogen. So geschehen am 20. März Gesundheitsausschuss. DIE LINKE legte einen [Antrag](#) vor, nach der Abschaffung der Praxisgebühr auch sämtliche anderen Zuzahlungen abzuschaffen. Die SPD stimmte mit Union und FDP dagegen. Die Grünen, obwohl ihr Parteitagbeschluss die Abschaffung der Zuzahlungen fordert, enthielten sich.



Nicht links abbiegen: Der meistbefolgte Richtungsweiser der SPD

- [Linke scheitert mit Forderung nach Abschaffung aller Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenversicherung](#) (heute im Bundestag vom 20.03.2013)

2.6 Rede im Bundestag: Medizinprodukte müssen sicher sein! (17.01.2013)

„Der Koalition scheint die Sicherheit der Patientinnen und Patienten, die eine Herzklappe, ein Kniegelenk oder ein anderes Medizinprodukt brauchen, recht egal zu sein. Anders kann ich mir beim besten Willen nicht mehr erklären, was hier veranstaltet wird. Die Debatte um die Sicherheit von Medizinprodukten zieht sich schon lange hin und immer wieder gibt es Meldungen, dass Patientinnen und Patienten Gesundheitsschäden davontragen oder gar sterben, weil die Medizinprodukte in Deutschland – und der EU insgesamt – vor und nach dem Verkaufsstart viel zu schlecht geprüft werden. Umso enttäuschender ist es, wenn die Koalition erst jetzt und erstmals eine parlamentarische Initiative dazu vorlegt und dann noch eine so schlechte und folgenlose.“ [WEITERLESEN](#)

2.7 Rede im Bundestag: Unisex-Tarife und Zusage der Kostenübernahme bei privaten Krankenversicherungen (31.01.2013)

Mit der Umsetzung der Unisex-Tarife, die mit diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung festgezurrert wird, schadet die Bundesregierung den Versicherten, Männern wie Frauen. Die Versicherungswirtschaft freut sich indes. Ein anderer Aspekt ist positiv: Die privat Krankenversicherten haben nun ein Recht darauf, auf Anfrage von der Versicherung zu erfahren, ob sie die Kosten einer Behandlung übernimmt. Das hat DIE LINKE bereits 2010 gefordert, nun wird es umgesetzt, wenn auch mit kleinen Schönheitsfehlern. [REDE LESEN](#)

3. Sonstiges

3.1 Erneuerung durch Streik – Demokratisierung des Streiks

Vom 1. bis 3. März nahmen 500 Personen an der Konferenz „Erneuerung durch Streik“ teil, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Stuttgart organisiert hatte. Auf der Webseite der RLS ist die Veranstaltung [dokumentiert](#), besonders möchte ich den Beitrag von Bernd Riexinger empfehlen, der als ehemaliger Geschäftsführer von ver.di Stuttgart einen ausgesprochen anregenden Beitrag zur Demokratisierung von Streiks gehalten hat: [VIDEO ANSEHEN](#)



- [Partizipative Arbeitskämpfe, neue Streikformen, höhere Streikfähigkeit?](#) (Broschüre der RLS)

4. Termine

4.1 Bessere Krankenhauspflege und gute Arbeitsbedingungen durch Mindestpersonalbemessung (Hearing der Linksfraktion, 26.4.)

26.04.2013, 11:00 Uhr bis 15:30 Uhr | Clara-Zetkin-Saal, Reichstagsgebäude, Eingang West, 10117 Berlin
Die Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern ist geprägt von Stellenabbau, Arbeitsverdichtung und Überlastung. Darunter leiden die Pflegerinnen und Pfleger und die Versorgungsqualität der Patientinnen und Patienten sinkt. Deshalb möchte die ver.di-Tarifkommission der Charité-Universitätsmedizin Berlin mit einem Tarifvertrag eine Mindestpersonalbesetzung für den Pflegedienst durchsetzen. Damit würde nicht nur das Bestreben der Arbeitgeber, die Personalkosten im Pflegebereich zu senken bzw. niedrig zu halten entgegengewirkt, sondern die Grundausrichtung der Krankenhauspolitik der letzten Jahre durchkreuzt. Der Arbeitskampf könnte bundesweite Vorbildfunktion für andere Krankenhäuser haben.

Das Hearing soll Raum für Austausch über Konzepte der Personalbemessung geben und Möglichkeit bieten, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Eingeladen sind Betriebs- und Personalvertretungen und Beschäftigte in Krankenhäusern sowie Gewerkschaften, Berufsverbände, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Forschung und andere Interessierte.



- [Mehr Informationen](#)
- [Einladung als PDF herunterladen](#)
- [Anmeldung als PDF herunterladen](#)

4.2 Krise in Europa: Eine Gefahr für Demokratie und Solidarität? (Konferenz der RLS, 3. bis 5.5.)

03.05.2013, 15:00 Uhr bis 05.05.2013, 13:00 Uhr | Kaiserburg Nürnberg

Ausgehend von der linken Bewegung kam es seit 2009 zu bemerkenswerten sozialen und politischen Kämpfen: Mehr als 20 Generalstreiks und Massenstreiks (Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal, Spanien und Tschechien) haben in Europa stattgefunden. Bei all diesen Protesten ist es jedoch besonders auffällig, dass im Süden Millionen auf die Straße gehen, in Deutschland und anderen nördlichen EU-Mitgliedstaaten jedoch nur einige Tausend. Da stellt sich die Frage der Gewichtung von Verlust und Gewinn in Rahmen der Krise: Profitieren die Mitgliedstaaten im Norden scheinbar doch viel mehr als zur Kenntnis genommen wird? Kann es sein, dass die Arbeitsplätze in Deutschland vielleicht deshalb noch relativ sicher sind, weil in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland die Arbeitslosenrate explosionsartig steigt? Was bedeutet diese Ungleichgewichtung nun für die Solidarität in Europa? [MEHR INFORMATIONEN](#)



4.3 Prekär und rechtlos? Gute Arbeit statt prekäre und atypische Beschäftigung (Konferenz der Linksfraktion, 8.5.)

08.05.2013 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr | Stadtgasthof Grüner Kranz, Neuburger Str. 45, 86167 Augsburg

Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften brauchen Handlungsstrategien und einen gesetzlichen Rahmen, um für sichere, gut bezahlte Beschäftigung, den Schutz der Beschäftigtenrechte und gegen die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Darüber wollen wir mit Euch diskutieren.

- [Mehr Informationen](#)
- [Einladung als PDF herunterladen](#)
- [Anmeldung als PDF herunterladen](#)

5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86

90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: harald.weinberg@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6

82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: harald.weinberg@wk2.bundestag.de

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe <http://www.harald-weinberg.de/index.php?id=44563>